Linksrutsch?

← Jetzt erst recht,

statt Ruck nach Rechts!

Landesdelegiertenkonferenz 2021 II
Mehrzweckhalle Taucha
30.Oktober 2021
#linksrutschjetzt

JUSOS Sachsen

A01-L

Antrag

Initiator*innen: Juso-Landesvorstand

Titel: **Leitantrag: Mit Rückenwind als Team in die kommenden Jahre starten!**

Antragstext

Rasha Nasr, Carlos Kasper, Nadja Sthamer und Fabian Funke – mit diesen vier Menschen sind die Jusos Sachsen seit dem 26. September im Bundestag vertreten. Das sind vier Abgeordnete mehr, als noch vor der Wahl aus unseren Reihen kamen. Gemeinsam mit Rasha, Carlos, Nadja und Fabian freuen wir uns über diesen riesigen Erfolg und feiern die Gestaltungsmöglichkeiten, die wir Jusos in den kommenden vier Jahren damit hinzugewonnen haben. Wir werden sie in ihrem Kampf für eine progressive, linke Politik unterstützen und setzen uns dafür ein, dass wir zur kommenden Bundestagswahl in eine starke Ausgangsposition kommen, damit unsere Präsenz als Jusos im Bundestag verstetigt werden kann.

In Sachsen ist die SPD zur stärksten demokratischen Kraft geworden. Erstmals hat die SPD zu einer Bundestagswahl stärker abgeschnitten als die CDU, und mit 8 Abgeordneten hat sich die Größe der sächsischen Landesgruppe innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion verdoppelt. Das Ergebnis der Bundestagswahl ist damit Rückenwind für die neue Führung der SPD Sachsen. Nach 12 Jahren mit Martin Dulig an der Spitze der Partei ist nun auch innerhalb der Landespartei Zeit für einen Wandel. Diesen Wandel werden wir als Jusos Sachsen maßgeblich mitgestalten – mit unseren Inhalten und unseren Köpfen.

Denn: Auch wenn wir zunächst – zu Recht! – den erfolgreichen Ausgang der Bundestagswahl feiern, richten wir schon jetzt unsere Augen auf die kommenden Wahlen, vor allem die Landtagswahl 2024. Wir werden die Rolle des Juso-Landesverbands im Bundestagswahlkampf evaluieren und die gewonnen Erkenntnisse dafür nutzen, bei den nächsten Wahlen erfolgreich für progressive Mehrheiten in Sachsen zu kämpfen. Bei der Landtagswahl in Sachsen, aber auch bei den Wahlen in

Sachsen-Anhalt und Brandenburg hat sich gezeigt, dass viele Menschen taktisch die Partei wählen, der sie es am ehesten zutrauen, die AfD als stärkste Kraft zu verhindern. Das sächsische Ergebnis der Bundestagswahl hat gezeigt, dass das in Sachsen nicht überall die CDU sein muss: Mit den richtigen Inhalten und den richtigen Personen haben wir das Potenzial, zu Vertreter:innen der Menschen zu werden, die für demokratische Mehrheiten und Gegen Rechts einstehen und damit auch der CDU in ihrer Führungsrolle nachhaltig Konkurrenz zu machen. Klar ist, dass eine immer neue Koalition der SPD mit einer innerparteilich gespaltenen und nach rechts blinkenden CDU in Sachsen keine Zukunft haben kann – auch in Sachsen gehört die CDU in die Opposition!

Nachdem zur Bundestagswahl 2021 die Hälfte der Kandidierenden im Juso-Alter waren, hoffen wir auch zur Landtagswahl 2024 sowie bei den Kommunalwahlen auf einen ähnlich hohen Anteil junger Kandidierenden. Junge Menschen gehören auf die Stimmzettel und in die Parlamente: Wir werden einfordern, dass sich das auch auf den Landeslisten der Zukunft widerspiegelt und Jusos auf vorderen, erfolgversprechenden Listenplätzen vorzufinden sind. Unsere Stärke, wenn es darum geht, Inhalte zu erarbeiten, werden wir Jusos in den nächsten Monaten unter Beweis stellen: Wir werden gezielt die Felder identifizieren, auf denen wir dazu beitragen können, das Profil der SPD Sachsen zu schärfen. Vor allem in diesen Feldern werden wir uns in die Positionierung unserer Partei zur kommenden Landtagswahl einmischen, und an ihnen werden wir unsere Schwerpunkte im kommenden Landtagswahlkampf ausrichten.

Im Zukunftsprogramm bekennt sich die SPD zum 1,5-Grad-Ziel. Nun liegt es an uns allen, gute Maßnahmen auszuarbeiten und für ihre Umsetzung gesellschaftliche Mehrheiten hinter uns zu versammeln. Dabei muss allen klar sein: Nichts zu tun wäre nicht nur unbezahlbar, sondern auch unverantwortlich gegenüber folgenden Generationen. Oft wird Klimaschutz als abschreckende Kosten- und Verzichtsdebatte geführt, während sich eine intakte Natur nicht in Euro beziffern lässt und der Konsum und die damit verbundene sogenannte Freiheit einiger Gieriger uns erst in diese prekäre Lage gebracht hat. Wir vertreten innerhalb der SPD diejenigen Mitglieder, die die Folgen der heutigen Politik noch am längsten spüren werden. Entschieden bekennen wir uns daher zum Übereinkommen von Paris. Nötige Gegenmaßnahmen um der weiteren Erhitzung entgegenzutreten, dürfen dabei nicht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit gehen. Wir müssen zeigen, dass die Felder „Klima“ und „Soziales“ nur zusammen gedacht werden können und wir die Partei sind, die die sozialökologische Transformation systemisch vorantreibt.

Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Themen, bei denen wir als Jusos eine Vorreiter:innen-Rolle innerhalb der SPD Sachsen einnehmen können. Dazu gehören die Digital- und Netzpolitik, die Bildung sowie das Engagement gegen Rechts

(einschließlich der Stärkung der Demokratie) und die Förderung von Diversität und das Empowerment diskriminierter Gruppen. Nicht nur, aber insbesondere in diesen Bereichen, werden wir Jusos uns in den kommenden Monaten mit inhaltlichen Vorschlägen einbringen, erwarten jedoch auch von der neuen Landesspitze der SPD Sachsen konkrete Ideen.

Um das inhaltliche Profil der Sozialdemokratie zu schärfen, erwarten wir, dass die SPD Sachsen sich in den nächsten Monaten an einer zivilgesellschaftlichen Kampagne beteiligt, die an den Erfolg der Kampagne zur Gemeinschaftsschule anknüpft, zum Beispiel zur Herabsetzung des Wahlalters bei sächsischen Landtags- und Kommunalwahlen mindestens auf 14. Auch unsere Bündnis- und Netzwerkarbeit werden wir vertiefen und im Sinne der Doppelstrategie der Jusos den Druck der demokratischen Zivilgesellschaft, gerade bei der Bekämpfung der Klimakrise und der sozialen Ungleichheit in die Partei und in die Parlamente bringen.

Der Erfolg der SPD bei der Bundestagswahl beruht auch darauf, dass die Partei als Team stark war. Ein Team zu sein bedeutet: Das Spitzenpersonal einerseits, aber auch einzelne Akteur:innen nehmen für sich kein Recht auf „Beinfreiheit“ in Anspruch, sondern kämpft solidarisch für die gemeinsam vereinbarten Inhalte. Inhaltliche Forderungen ebenso wie Kritik aus den eigenen Reihen werden nicht abgewürgt, sondern auf Augenhöhe diskutiert, fair und solidarisch. Jedes Mitglied der SPD ist nur eines von 400.000, auch wenn es ein Spitzenamt bekleidet.

Die Demut vor dieser Erkenntnis erwarten wir sowohl von der Spitze der Bundespartei als auch von der neuen Spitze der SPD Sachsen. Wir sind mit 5.000 Mitgliedern ein kleiner Landesverband, der es sich nicht leisten kann, Talente zu verschenken, Kompetenzen zu übersehen und Stimmen zu überhören. Die Ausrichtung einer Partei auf eine einzige Person wird der Vielfalt ihrer Mitgliedschaft nicht gerecht. Als Jusos sehen wir es als unsere Pflicht an die Parteispitze an diesem Anspruch zu messen und auf dem Weg der Umsetzung kritisch-solidarisch zu begleiten sowie, wenn nötig, Kurskorrektiv zu sein.

Wir erwarten deshalb von der neuen Landesspitze der SPD Sachsen, dass sie nicht der Versuchung erliegt, alle Entscheidungen in ihren Händen zu bündeln, sondern diese Vielfalt unserer Partei zu nutzen weiß. Das beginnt damit, den gesamten Landesvorstand als Arbeits- und Entscheidungsgremium zu begreifen und so die Meinungen, aber auch die Kompetenzen seiner Mitglieder einzubinden. Dazu gehört es für uns, dass sich auch die Vielfalt dieser Partei zukünftig stärker in den Führungsgremien widerspiegelt. Es gilt daher, auch bislang unterrepräsentierten Gruppen in Zukunft noch stärker zu fördern. Doch diese Aufgabe endet nicht in den Gremien der Partei, sondern geht auch deutlich über sie hinaus. Wir wollen allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich mit ihren Ideen und Forderungen in

die Positionierung der Partei einzubringen. Dazu gehören parteiöffentliche Landesvorstandssitzungen.

Ein inklusiver Landesvorstand muss die Schwelle zur Mitwirkung möglichst gering halten. Regelmäßige Präsenzsitzungen ausschließlich in Dresden sind für viele Ehrenamtliche mit ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen schwer vereinbar. Deswegen braucht es Überlegungen des Landesvorstandes für die Zukunft. Mögliche Lösungen könnten beispielsweise rotierende Sitzungsorte oder die verstärkte Nutzung digitaler sowie teil-digitaler Formate sein.

Nicht nur in den ehrenamtlichen Parteistrukturen ist es wichtig, auf diesem Wege die Arbeitslast auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Das gilt auch für die hauptamtlichen Strukturen der SPD, gerade in der SPD-Landtagsfraktion. Mit nur zehn Abgeordneten stellen wir die kleinste Fraktion im Sächsischen Landtag. Die Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, fallen deshalb jedoch nicht geringer aus als für andere Fraktionen. Wir können es uns nicht leisten, dass unsere Abgeordneten neben ihrem Mandat anderen beruflichen Aufgaben nachgehen. In dieser Situation ist insbesondere ein Minister:innenamt mit einem Abgeordnetenmandat nicht vereinbar. Eine strikte Trennung erhöht die Schlagkraft unserer Fraktion und stärkt unsere Strukturen in der Fläche.

A02-U1NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: **Atomkraft? Ja? Nein! Vielleicht!?**

Antragstext

Nach der verheerenden Katastrophe in Fukushima hat sich Deutschland 2011 richtigerweise dazu entschieden, seine Atomkraftwerke abzuschalten. Seitdem kommen vor allem aus konservativen bis rechtsradikalen Kreisen Forderungen nach einem Wiedereinstieg in die Atomkraft. Auch kommen vereinzelt derartige Forderungen von links, da der niedrige CO2-Ausstoß attraktiv erscheint. Dieser Antrag soll diese Forderung analysieren und einen jungsozialistischen Gegenentwurf erstellen.

Doch warum wird die Nutzung der Atomkraft überhaupt wieder diskutiert? Der Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung stellt unser Stromnetz auf den Kopf. Auch wenn erneuerbare Energien den Energiebedarf theoretisch decken können, benötigt eine sichere Versorgung ein Speichersystem. Wie die Speicherung von Energie erfolgen soll, ist nicht endgültig geklärt. Außerdem stellt die Wärmeversorgung ein großes Fragezeichen des Umstiegs dar. Dazu kommt der voraussichtlich steigende Energiebedarf, den Technologisierung und Digitalisierung mit sich führen. Kernkraft als planbare und in Zukunft eventuell kostengünstige Energiequelle könnte hier helfen, wären die Bedenken aus Ethik und Umweltschutz nicht. Um zu erklären, warum nach wie vor die Nachteile von Kernkraftwerken stark überwiegen, sollen einige theoretische Grundlagen folgen.

Um die Nutzung von Kernenergie zu betrachten, muss zunächst klargestellt werden, dass Forderungen nach dem Wiedereinstieg in Atomkraft grob drei Reaktortypen umfassen kann: konventionelle Spaltungsreaktoren, Generation-IV-Reaktoren und Fusionsreaktoren.

- Konventionelle Reaktoren basieren auf der Spaltung von schweren

Atomkernen. Bei dieser Spaltung entstehen, neben freigesetzter Energie, Neutronen, welche weitere Atomkerne spalten. Die daraus resultierende Kettenreaktion setzt viel Energie frei, ohne Energie hineinzustecken. Aber sie birgt Gefahr: Wird die Kettenreaktion nicht reguliert, kommt es im schlimmsten Fall zu Unglücken wie in Tschernobyl oder Fukushima. Ein weiteres bekanntes Problem ist der sogenannte Atommüll, welcher für tausende Jahre gefährliche Strahlung absondert und daher stark geschützt für lange Zeit gelagert werden muss.

- Sogenannte Generation-IV-Reaktoren, am bekanntesten sind hierbei Thorium-Flüssigsalzreaktoren, sollen diese beiden Probleme minimieren, deswegen werden sie von Atomkraft-Fans als Pro-Kernenergie-Argument genutzt. Diese Reaktoren regulieren sich selbst: steigende Reaktivität bewirkt eine Erwärmung und diese wiederum eine Absenkung der Reaktivität. Unfälle können so relativ sicher ausgeschlossen werden, solang der Reaktor intakt ist. Außerdem entstehen andere Produkte, welche weniger radioaktiv sind. Befürworter:innen der Atomkraft übertreiben hierbei jedoch etwas, denn die aktivierten Stoffe bleiben weiterhin gesundheitlich sehr bedenklich. Außerdem wurde in bisherigen Forschungsreaktoren festgestellt, dass die Wartung durch Effekte wie Korrosion verhältnismäßig aufwendig ist, was wiederum ein Sicherheitsrisiko darstellt. Expert:innen dämpfen die Hoffnung, dass dieser Reaktortyp die Lobpreisungen der Befürworter:innen erfüllen können. (vgl. [1]) Es ist geplant, ab 2030 Reaktoren dieser Generation marktreif entwickelt zu haben. Wie weit deren Entwicklung dann sein wird, insbesondere was die Halbwertszeiten der Spaltprodukte angeht, ist völlig ungewiss. Demnach kann nicht abgeschätzt werden, ob diese Reaktoren mittelfristig eine Lösung für CO2-neutrale Stromerzeugung sein können.

- Fusionsreaktoren sind eher getrennt von den vorherigen Typen zu betrachten. Sie beruhen auf der Fusion von Wasserstoffatomen zu Heliumatomen. Der Brennstoff ist in nahezu unerschöpflichen Mengen verfügbar und der Energiegewinn höher als bei allen anderen bekannten Formen der Energiegewinnung. Durch die hohen Anforderungen an eine erfolgreiche Kettenreaktion sind sie außerdem sicher, es kann physikalisch nicht zu Unfällen kommen. Die radioaktiven Abfälle sind außerdem wesentlich unbedenklicher als die aus konventionellen Reaktoren und könnten sogar medizinisch verwendet werden. Daher gelten Fusionsreaktoren unter Expert:innen tatsächlich als sichere, grüne Energiequelle.[2] Der Haken: nach 75 Jahren Forschung ist eine Marktreife noch nicht in greifbarer Nähe. Ob es noch 20, 50 oder 100 Jahre braucht, bis diese Technik von den Menschen beherrscht wird, ist schwer abschätzbar. Im

Worst-Case stellt sich heraus, dass sie nie wirklich wirtschaftlich nutzbar sein wird. Diese Forderung ist also eine pure Zukunftsfantasie.

Doch welche Forderungen schließen wir aus diesem Einblick in die Kernenergietechnik?

1. **Konventionelle Atomkraftwerke bleiben eine nicht vollständig kontrollierbare Gefahr. Die Abschaltung der Atomkraftwerke ist und bleibt richtig.**

2. **Wir lehnen momentan den Neubau neuartiger Reaktortypen, wie Thorium-Flüssigsalzreaktoren, zur Energiegewinnung ab.**

3. **Langfristig befürworten wir den Einsatz sicherer Reaktortypen wie Fusionsreaktoren, sollten sie zum Zeitpunkt der Marktreife den dann existierenden Energiemix aus erneuerbaren Energien sinnvoll erweitern.**

4. **Kurzfristig hilft uns die Atomkraft nicht bei der Überwindung der Klimakrise. Sie darf keine Ausrede für mangelnde Investitionen in erneuerbare Energien sein.**

Quellen:

[1] https://www.theguardian.com/environment/2012/sep/13/thorium-alternative-nuclear-fuel-overstated

[2] https://www.ipp.mpg.de/2638139/faq8, https://www.ipp.mpg.de/2543936/faq3 und https://www.ipp.mpg.de/2641049/faq9

A03-U2NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Chemnitz

Titel: **Langfristige Förderung von Photovoltaik sicherstellen**

Antragstext

Die Zeiten, in denen die Sonne nur zum Sonnen gut war, sind vorbei. Wir brauchen diese Energie für klimaneutralen Strom! Deswegen fordern wir eine breite und langfristige Förderung von Solarenergie:

1. Photovoltaik-Pflicht auf den Dächern aller Liegenschaften des Freistaates Sachsens, bei denen es nicht durch Statik und Denkmalschutz ausgeschlossen ist.

2. Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen auf privaten und gewerblichen Dächern.

3. Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen auf Mehrfamilienhäusern.

4. Förderung von Photovoltaik-Batteriespeichern.

A04-U3NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: **Auch private E-Lastenräder sachsenweit bezuschussen**

Antragstext

Nach Münchener Vorbild sollen auch in Sachsen E-Lastenräder der EG-Fahrzeugklassen L1e bis L5e mit einer Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h für den Waren-, Material und Personentransport auch für Privatpersonen gefördert werden. Die bereits bestehende Unterstützung von motorlosen Modellen soll bei mind. 40% des Kaufpreises angesetzt werden. Die Förderung von E-Lastenrädern soll schnellstmöglich nicht mehr nur für gewerbliche Zwecke vorbehalten sein, sondern für jede:n möglich und mit 30% des Kaufpreises bezuschusst werden.

Bei Verkauf des eigenen Autos, der Werbung von Freund:innen und gemeinschaftlicher Nutzung sollen weitere Förderungen beispielsweise für Winterausrüstung und weiteres Zubehör subventioniert werden. Die gemeinsame Nutzung von E-Lastenrädern ist explizit erwünscht, weshalb Förderungsmodelle für gemeinschaftliche Kaufverträge angewandt werden können.

Im Zusammenhang mit der Förderung der Fahrzeuge, ist die Förderung und Entwicklung der Lade-, Straßen-, Abstell- und Park-, Reparatur- und Verleih- sowie Kaufberatungs- und Werbe-Infrastruktur notwendig, um den Mobilitätswandel schnellstmöglich voranzutreiben. Das Land bzw. die Kommunen sollen ein entsprechendes Angebot, möglichst nicht in privater Hand, schaffen.

Um die Nutzung von Lastenräder/E-Lastenräder auch in nicht-urbanen Räumen zu ermöglichen und ihren Einsatz auch in stadtangrenzenden und ländlichen Regionen attraktiver zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass die beschriebene benötigte Infrastruktur in Form von baulich getrennten und besonders auch für E-Lastenräder sicher befahrbaren Radwegen vor allem auch dort ausgebaut wird.

A05-D1NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: **Doppelstrategie statt Doppelbelastung**

Antragstext

Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Bundestags oder der Landesparlamente sollen nicht als Vorsitzende für Juso-Strukturen auf Landes-, Bezirks oder Bundesebene kandidieren.

A06-D2NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: **Neue JuPas braucht das Land!**

Antragstext

Auf Bundesebene und in Sachsen gilt für jede Wahl das Wahlalter 18. Dieses macht es U18-Jährigen unmöglich, sich unmittelbar politisch zu beteiligen. Zu dem kommt, dass unsere Politik überproportional durch ältere Menschen bestimmt wird.

Um Jugendliche zumindest auf kommunaler Ebene eine Bühne für ihre Interessen zu geben, führen immer mehr Städte und Gemeinden Jugendparlamente ein, welche von Jugendlichen gewählt werden. Doch in Sachsen ist es sehr schwierig, Jugendparlamente auch aktiv an den Stadt-/Gemeinderat anzubinden, da laut Sächsischer Gemeindeordnung "sachkundige" Einwohner*innen, welche nicht in den Gemeinderat gewählt worden, nur durch Beiräte die Möglichkeit bekommen, Anträge im Gemeinderat zu stellen. Und diese Beiräte müssen mindestens zu einem Teil aus Gemeinderät*innen bestehen. So ist die einzige Möglichkeit für das Jugendparlament die Nutzung eines Jugendbeirats, beispielsweise wie beim Jugendparlament Leipzig, was zum Einen strukturell umständlich und kompliziert ist und zum Anderen das Jugendparlament in seiner Selbständigkeit antastet, da sich im Jugendbeirat Gemeinderät*innen befinden müssen.

Wir fordern deshalb die Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung. Die sächsische SPD-Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass § 47a SächsGemO so geändert wird, sodass Gemeinderäte die Möglichkeit besitzen, mittels einer Satzung ein Kinder- und Jugendgremium (z.B. ein Jugendparlament, ein Jugendplenum oder ein Jugendforum) einzuberufen. Dieses organisiert sich im Rahmen der Satzung selbst und besitzt Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat. Hierdurch ist das Einsetzen eines Jugendbeirats durch den Gemeinderat nicht mehr notwendig und die unabhängig des jeweiligen Kinder- und Jugendgremiums wird gewahrt, in den Stadtbezirksbeiräten und den Ortschaftsräten. Zudem soll die Möglichkeit

eingebaut werden, dass Jugendliche einer Gemeinde eine Initiative zur Gründung eines solchen Kinder- und Jugendgremiums starten können. Diese Initiativen sollen die Möglichkeit besitzen, durch eine Unterschriftensammlung oder andere geeignete Arten der Willensartikulation von Jugendlichen ein Kinder- und Jugendgremium zu gründen. Die Ausgestaltung der unterschiedlichen Kinder- und Jugendgremien soll möglichst weniger Regeln obliegen.

Weiterhin benötigen Kinder- und Jugendgremien neben dem Zugang zu Räumlichkeiten der Gemeinde und einem eigenverwalteten Budget eine gewisse pädagogische Betreuung und eine feste Schnittstelle zur Gemeindeverwaltung.
Daher sollen Städte und Gemeinden innerhalb ihrer Verwaltung eine sozialpädagogische Stelle für Kinder- und Jugendgremien (z.B. Jugendreferent:in oder Beteiligungsreferent:in) schaffen. Diese Pflichtaufgabe, die sich aus §47a der SächsGemO ableiten lässt, muss jedoch aus Finanzmitteln des Freistaates gegenfinanziert werden.

Weiterhin soll diskutiert werden, ob selbige Forderungen auf § 43a SächsLKrO (Sächsische Landkreisordnung) bezüglich Landkreisen und ihren Kreistagen angewendet werden soll.

A07-D3NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Nordsachsen

Titel: **Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!**

Antragstext

Der 8. Mai soll ein gesetzlicher Feiertag in Deutschland werden, um an die Befreiung der Welt vom nationalsozialistischen Terror zu erinnern. Damit folgen wir unserer Maxime, die Verbrechen der NS-Zeit als zentralen Bestandteil unserer Errinerungskultur anzusehen.

Der 8. Mai 1945 markiert einen historischen Tag, nicht nur in der deutschen, sondern auch in der Weltgeschichte. Er markiert das Ende einer Diktatur, sowie das Ende des 2. Weltkriegs in Europa.

Heute wird oft von der Stunde null oder dem Tag der Befreiung gesprochen. Dieser Mythos ist Teil der deutschen Schuldabwehr. Nicht Deutschland wurde von den Nazis befreit, sondern die Welt wurde von den Deutschen befreit. In der neu gegründeten BRD allerdings dominierte in konservativen Reihen die Ansicht, Deutschland habe an diesem Tag verloren und nicht die Nazis. Niederlagen feiere man nicht.

Diese Sichtweise ist glücklicherweise verdrängt worden. Unsere moderne, liberale Gesellschaft ist auf dem Fundament des Friedens gebaut, eines Friedens, der durch dem 8. Mai 1945 ermöglicht wurde.

Oftmals wird angeführt, dass viele Menschen am 8. Mai ihre Existenz verloren und völlig verarmt wären, aber auch das stimmt so nicht, denn verarmt wurden diese Menschen durch den Krieg, der beinahe sechs Jahre lang auf ihre Kosten finanziert wurde. Der 8. Mai steht für das Ende des Terrors gegen Regimegegner:innen, Minderheiten, den besetzen Ländern und den unzähligen Gefangen aus Konzentrationslagern und Gefängnissen. Deutschland und Europa

wurden von einer Diktatur befreit.

Diesem Gedenken darf man sich nicht entziehen. Leider vergessen immer mehr Menschen oder hören auf, sich zu interessieren, erklären diese Thematik für alt und überwunden. Dadurch geben sie faschistischem Gedankengut Raum und die Möglichkeit, dieses Gedankengut zu normalisieren. Blinder Hass und systematische Diskriminierung wird immer mehr zum Alltag. Selbst Reichsflaggen können offen vor dem Bundestag wehen.

Um dem entgegenzuwirken braucht es viele Maßnahmen: Ein einzelner Feier- und Gedenktag wird das nicht allein ändern. Aber unsere Feiertage sollten immer auch einen Bezug zu unserer Gegenwart haben und uns an etwas erinnern. Der 8. Mai ist und sehr viel präsenter in unseren Köpfen als viele andere - zum Teil religiöse - Feiertage, die wir feiern und so sollte das auch bleiben. Lasst uns, wie viele andere Länder, den 8. Mai zum Feiertag erklären. Er verdient ihn.

A08-B1NEU

Antrag

Initiator*innen: JSAG Sachsen

Titel: **Bitte nicht siebzehn Tests in einer Woche!**

Antragstext

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Zukunft die Anzahl theoretischer Leistungsnachweise auf fünf Leistungsnachweise in einer Woche reduziert wird. Mit theoretischem Leistungsnachweis sind alle Leistungsnachweise gemeint, welche nicht praktischer Natur sind, das heißt keine sportlichen Leistungsnachweise, Vorträge (unter anderem musikalische Darbietungen) oder unterrichtsstunden-übergreifende (Gruppen-)Projekte sowie außerschulisch erarbeitete Leistungsnachweise. . An einem Tag dürfen nicht mehr als zwei Leistungsnachweise stattfinden. Für Klausuren und Klassenarbeiten soll zusätzlich in jeder Schulform die Anzahl auf drei in einer Woche reduziert werden, wobei zwei Klausuren/Klassenarbeiten nicht am gleichen Tag und an zwei aufeinanderfolgenden Tagen geschrieben werden sollen. An vorausgeplanten Nachschreibeterminen kann zusätzlich maximal eine Leistungsnachweis nachgeholt werden.

Zusätzlich müssen alle theoretischen und praktischen Leistungsnachweise eine angemessene Zeit zuvor, mindestens aber während der Unterrichtsstunde zuvor und Klassenarbeiten/Klausuren mindestens zwei Wochen zuvor angekündigt werden.

A10-B3NEU

Antrag

Initiator*innen: JSAG Sachsen

Titel: **Staatliche Subventionierung von Lehrlingsgehältern**

Antragstext

Das Lehrlingsgehalt sämtlicher Auszubildende in Sozialberufen, Handwerksberufen, Einzelhandel und von Laborant*innen soll bei überbetrieblichen Maßnahmen gesamt subventioniert werden, bei betrieblichen Berufen zur Hälfte, basierend auf dem Auszubildendengrundgehalt.

Die Kosten für die überbetriebliche Ausbildung (ÜA) nach § 5 des Berufsbildungsgesetzes und § 26 der Handwerksordnung, insbesondere die bisher dem Auszubildenden übertragenen Kosten für Fahrt und Übernachtung sollen künftig von staatlicher Seite bezuschusst werden, sodass alle Auszubildenden an überbetrieblichen Maßnahmen teilnehmen können unabhängig von ihrer eigenen finanziellen Lage oder der finanziellen Lage ihres jeweiligen Ausbildungsbetriebs, in Fällen in denen der Ausbildungsbetrieb die Kosten bisher nicht übernommen hat bzw. aufgrund der wirtschaftlichen Lage die Kosten sehr einfach tragen könnte.

Im Zuge dessen wird die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) abgeschafft und alle bisherigen anspruchsberechtigten Personenkreise werden in ein novelliertes Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) inkludiert. In diesem Kontext ist es zudem unerlässlich das BAföG umzustrukturieren und es eltern- und altersunabhängig zu gewähren. Das BAföG soll so eine grundständige Unterstützung für alle sich in Ausbildung befindlichen Personen in allen Lebenslagen sein.

Des Weiteren sollen Auszubildende im Falle von Kurzarbeit weiterhin ihr volles Lehrlingsgehalt erhalten. Zwar gibt es bereits einen Sonderstatus für Auszubildende im Falle von Kurzarbeit, der zur Folge hat, dass die

Auszubildenden erst nach 6 Wochen Kurzarbeit eine Lohnkürzung bekommen, jedoch lehnen wir die Kürzung des Gehaltes im Allgemein ab.

IA02

Initiativantrag

Initiator*innen: Jusos Erzgebirge

Titel: **Fluchtroute Belarus – Für Menschenrettung statt Mauerphantasien**

Antragstext

Der belarussische Präsident Lukaschenko versucht seit Monaten durch die Instrumentalisierung von Geflüchteten, die Lage an den EU-Grenzen eskalieren zu lassen. Belarus erweiterte dazu den Kreis an Staaten, aus denen visumfrei eingereist werden kann und stellt Berichten zu Folge Transporte sowohl nach Belarus selbst als auch an die EU-Grenzen. Das BMI schätzt die Zahl der aktuell in Belarus befindlichen Geflüchteten auf ca. 15.000 Menschen mit steigender Tendenz.

Seit Wochen gibt es Berichte und Videoaufzeichnungen gewaltsamer Zurückdrängungen von Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze. Solche s.g. Push-Backs sind illegal im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention und der EU-Grundrechtscharta. Demnach muss es Asylbewerber*innen ermöglicht werden, einen Asylantrag zu stellen. Das polnische Parlament hat diese jedoch mittlerweile „legalisiert“. Humanitäre Hilfsorganisationen werden nicht zu den Menschen gelassen, um zumindest die Grundversorgung zu gewährleisten und Pressevertreter*innen werden an der Anreise und Durchführung ihrer Arbeit gehindert. Durch den Ausruf des Ausnahmezustands kann die polnische Regierung nun das Militär zur Bewachung der Grenze einsetzen und es wurde ein kilometerlanger Stacheldrahtzaun installiert, der zu einer Grenzmauer ausgebaut werden soll – etwas, dass Ministerpräsident Michael Kretschmer unlängst in der Presse für gut und dringend notwendig befunden hat.

Als sächsische Jusos können wir dies nicht unkommentiert stehen lassen sondern kritisieren unseren Koalitionspartner für diese offene Befürwortung

menschenverachtender Politik.

Die klaren Differenzen zur Politik Lukaschenkos oder der polnischen Regierung dürfen insgesamt nicht vom obersten Ziel, Menschenleben zu retten, ablenken. Für uns Jusos steht unsere Verantwortung zur Aufnahme der flüchtenden Menschen sowie der Ermöglichung der Stellung eines Asylantrags unabhängig ihrer Ankunftsumstände fest. Wir verurteilen die Instrumentalisierung Geflüchteter aufs Schärfste.

Deshalb fordern wir:

- den sofortigen Zugang von humanitären Hilfsorganisationen, Pressevertreter*innen sowie medizinischem Fachpersonal zu den Geflüchteten. Insgesamt steht die Sicherstellung einer Notversorgung und schnellstmögliche Evakuierung der Menschen an erster Stelle.

- Sanktionen beispielsweise gegen Fluggesellschaften, die Lukaschenko in seinem Vorhaben unterstützen und fordern gleichzeitig nachdrücklich die Einrichtung legaler Fluchtrouten in die EU sowie die Schaffung humanitärer Visa.

- die Anerkennung von Push-Backs als systematischer Angriff auf das Asylrecht und eine Ablehnung jedweder Beteiligung deutscher Beamt*innen an ihrer Durchführung. Die EU muss Maßnahmen ergreifen Push-Backs zu unterbinden, statt zu dulden bzw. sich durch Frontex-Beamt*innen aktiv an ihnen zu beteiligen.

- die Einrichtung eines unabhängigen Monitoring Mechanismus mithilfe von Menschenrechtsorganisationen vor Ort, der es Geflüchteten ermöglicht, illegale Push Backs zu melden und der garantiert, dass diejenigen, die diese ausführen, ob Mitgliedsstaaten der EU und/oder Frontex Beamt*innen sich für diese Menschenrechtsverletzungen vor Gericht verantworten müssen.

Die verfügbaren Erstaufnahmekapazitäten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen sind bereits jetzt an einem kritischen Punkt und schrumpfen kontinuierlich weiter. Die ab November geplante zentrale Ersterfassung und dann schnelle Weiterleitung in andere Bundesländer sehen wir als einen positiven

ersten Schritt zu mehr innerdeutscher Solidarität. Wir bleiben dabei unseren Grundsätzen treu und treten für eine schnellstmögliche dezentrale Unterbringung ein, genauso wie die Schaffung von langfristigen Bleibeperspektiven für die Geflüchteten, die Ermöglichung eines vollständigen Spurwechsels vom Asyl- ins Einwanderungsrecht sowie die Vereinfachung des Zugangs zur deutschen Staatsbürger*innenschaft.

Weiterhin steht für uns deshalb fest:

- Wir lehnen Rückführungen insgesamt, aber aktuell insbesondere nach Polen und Belarus ab. Geflüchtete sind dort nachweislich potentieller Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und dem nahenden Winter unter freiem Himmel ausgesetzt.

- Wir lehnen eine jede Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung mit dem Ziel der Abwehr oder Rückführung Geflüchteter an der deutsch-polnischen Grenzen ab. Eine Grenzschließung lehnen wir, auch temporär, genauso ab.

- Wir fordern eine schnelle, transparente und solidarische Verteilung der Ankommenden auf alle Bundesländer unter Einbeziehung freiwilliger Aufnahmekapazitäten der „Sicheren Häfen“. Die sächsische Staatsregierung muss sich aktiv hierfür einsetzen.

Wir wehren uns lautstark gegen die Übernahme rechter Narrative wie zum Beispiel “2015 darf sich nicht wiederholen” in den öffentlichen Diskurs.

Eine Entwicklung zur organisierten Selbstjustiz militant-rechter Gruppen im deutsch-polnischen Grenzgebiet mit Aufrufen in rechten Chat-Gruppen nun selbstständig und gewaltsam die “Grenze zu verteidigen” muss der Rechtsstaat mit allen Mitteln bekämpfen.

IA03

Initiativantrag

Initiator*innen: Jusos Leipzig

Titel: **Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex schaffen!**

Antragstext

In wenigen Tagen, am 4. November 2021, jährt sich die Selbstenttarnung der rechtsradikalen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zum zehnten Mal. Erst in den darauf folgenden Ermittlungen wurde der Öffentlichkeit bekannt, was die deutschen Sicherheitsbehörden schon längst hätten wissen und verhindern müssen: Dass jahrelang Nazis mordend durch dieses Land zogen. Das Agieren staatlicher Akteur*innen hat die Mordserie des NSU nicht nur nicht verhindert, sondern zunächst die Angehörigen der Opfer unter Verdacht gestellt und damit die Situation nur noch verschlimmert.

Auch wenn heute mit Beate Zschäpe die letzte Überlebende des NSU-Kerntrios verurteilt ist, bleiben viele Fragen offen. Die Hinterleute und Ermöglicher*innen, das ganze Netzwerk im Hintergrund ist bisher weitgehend unbehelligt geblieben. Dabei ist längst klar: Der NSU war nicht zu dritt! Die Nazi-Verbindungen, welche die Mordserie und das jahrelange Untertauchen des NSU erst ermöglichten, können weiter ihren Hass und ihre Gewalt verbreiten. Das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik – besonders in Sachsen – leistet Nazis weiter Vorschub. Die Gefahr des rechten Terrors ist nicht gebannt.

Das Agieren der Verfassungsschutzbehörden und ihrer V-Personen bleibt ebenfalls umstritten. Dass nach wie vor die Geheimdienstakten zum NSU unter Verschluss bleiben, untermauert das Bild von Behörden und konservativ geführten Landesregierungen, die kein Interesse an der Aufarbeitung des rechten Terrors zeigen. Dabei ist eine öffentliche Aufarbeitung auch der Rolle der Inlandsgeheimdienste bitter notwendig, um neuen Naziterror zu verhindern.

In den letzten Tagen hat sich, angeregt durch den RAA Sachsen e.V. und die Gruppe „Offener Prozess. NSU-Aufarbeitung in Sachsen“, eine breite Initiative zusammengefunden. Ihr Ziel ist es, ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex zu schaffen. Wie bereits im Koalitionsvertrag der sächsischen Landesregierung, soll auch auf Bundesebene ein solches Dokumentationszentrum im Koalitionsvertrag festgeschrieben werden. Damit soll ein zentraler Ort zur öffentlichen Sammlung von Informationen und Akten, Auseinandersetzung mit dem NSU und der zivilgesellschaftlichen Vorbeugung rechten Terrors geschaffen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Initiative einen Offenen Brief [1] formuliert.

- Wir Jusos Sachsen unterzeichnen diesen Offenen Brief und fordern die Verhandler*innen des Koalitionsvertrages auf, das Anliegen in den Koalitionsverhandlungen ebenfalls zu unterstützen.

[1] Abrufbar ist der Offene Brief unter https://tinyurl.com/NSU-Komplex-aufarbeiten . Die Frist zur Unterzeichnung des Briefes ist auf den 01.11.2021 16 Uhr festgesetzt.